



TOP I Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik

Betrifft: Paradigmenwechsel im deutschen Gesundheitswesen

Entschließungsantrag

Von: Herrn Dr. (I) Klaus Reinhardt als Delegierter der Ärztekammer Westfalen-Lippe
Herrn Dr. Klaus Baier als Delegierter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Herrn Dr. Ullrich Fleck als Delegierter der Landesärztekammer Brandenburg
Frau Dr. Christiane Friedländer als Delegierte der Ärztekammer Nordrhein
Frau Angelika Haus als Delegierte der Ärztekammer Nordrhein
Herrn Dr. Jörg Hermann als Delegierter der Ärztekammer Bremen
Frau Elke Köhler als Delegierte der Landesärztekammer Brandenburg
Herrn Dr. Thomas Lipp als Delegierter der Sächsischen Landesärztekammer
Herrn Dr. Hans-Joachim Lutz als Delegierter der Bayerischen Landesärztekammer
Herrn Matthias Seusing als Delegierter der Ärztekammer Schleswig-Holstein

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:

Der Deutsche Ärztetag fordert die Bundesregierung auf, die Voraussetzungen für einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel im deutschen Gesundheitswesen zu schaffen.

Im Einzelnen werden die folgenden Forderungen erhoben:

- Abkoppelung der einseitigen Abhängigkeit der Krankenversicherungsbeiträge von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen
- Steuerfinanzierung von krankenversicherungsfremden Leistungen
- Abbau aller bestehenden Budgetierungen und immanenter Rationierungen
- Angemessene Vergütung der behandelnden Ärzte in allen Versorgungsbereichen
- Verlässliche Voraussetzungen zur freiberuflichen und eigenverantwortlichen Berufsausübung für Ärzte in allen Versorgungsbereichen
- Universelle Anwendung einer einheitlichen ärztlichen Gebührenordnung in Euro und Cent
- Einführung eines Kostenerstattungssystems mit sozial verträglicher Selbstbeteiligung über alle Leistungsbereiche
- Massiver und entschlossener Bürokratieabbau

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



Begründung:

Die gesellschaftlichen Herausforderungen des demografischen Wandels und die Erfordernisse des medizinischen Fortschritts müssen bei der dringend anstehenden Reform(ierung) entsprechende Berücksichtigung finden.

Dazu muss zunächst die Finanzierung des Gesundheitswesens auf eine tragfähige und zukunftssichere Basis gestellt werden.

Das zunehmende Missverhältnis zwischen Beitragszahlern und Anspruchsberechtigten hat die Grenzen der Belastbarkeit eines Solidarversicherungssystems lange überschritten. Nur die besondere berufliche Verantwortung der Ärztinnen und Ärzte in allen Versorgungsbereichen gewährleistet das Funktionieren des Systems.

Allein mit motivierten Ärzten als Leistungsträger wird es gelingen, unser qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem zu bewahren, zukunftsfähig zu gestalten und weiterzuentwickeln.

Nur so kann dem sich nicht nur abzeichnenden, sondern in vielen Bereichen bereits manifesten Ärztemangel entgegengewirkt werden.